



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/3 - 4.1.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Der Schuman-Plan und die Saar	S. 1
Krise in der polnischen KP	S. 3
Das Bundesbeamtengesetz	S. 5
Ungenutzte Auslandsspenden	S. 6

## Saarregierung verhandelt über Schuman-Plan-Beteiligung

x - Saarbrücken

Die Hoffmann-Regierung verhandelt bereits seit einiger Zeit mit dem französischen Außenminister Schuman über eine stärkere Beteiligung von Saarländern in den Gremien des Schuman-Planes.

Bekanntlich ist der Saarstaat kein vertragschließender Partner. Er soll aufgrund des Briefwechsels zwischen Schuman und Adenauer durch Frankreich vertreten werden. Frankreich, das seinen ursprünglichen Standpunkt, die Saar als siebentes Land in den Schuman-Plan einzubeziehen, damals nicht verwirklichen konnte, hatte sich bereit erklärt, von seinen 18 Delegierten in der Gemeinsamen Versammlung drei Vertreter der Saarbevölkerung zu ernennen. Die Bestrebungen Hoffmanns bei den jetzigen Verhandlungen zielen darauf hin, diese Zahl zumindest auf vier zu erhöhen. Außerdem will er erreichen, daß die Saar im Beratungsausschuß eine Vertretung erhält, nachdem die Bemühungen, den neunten Sitz in der Hohen Behörde oder eine Vertretung im Ministerrat zu erhalten, gescheitert sind.

Mit diesen "Erfolgen" will die Hoffmann-Regierung dann vor den Landtag treten, um den Schuman-Plan ratifizieren zu lassen. Da die Christliche Volkspartei des Saargebietes, die die absolute Mehrheit im Saar-Landtag besitzt, den Plan billigt, dürfte

die Ratifikation auch dann als gesichert erscheinen, wenn die oppositionelle SPS nicht zustimmen würde. In der SPS macht sich in der letzten Zeit eine reservierte Haltung gegenüber dem Schuman-Plan bemerkbar, weil mit seinem Zustandekommen erhebliche Gefahren für die Saar-Industrie entstehen. Trotz dieser Bedenken kann es jedoch der frankophilen Parteiführung der SPS gelingen, auch diese Partei zu einer Zustimmung zu bewegen.

Um der Ratifizierung im Saar-Landtag eine rechtliche Grundlage zu geben, wurde in letzter Zeit von den Politikern im Saargebiet die Auffassung verbreitet, Frankreich könne die außenpolitische Vertretung der Saar nur nach Erteilung eines besonderen Auftrages und stellvertretend für die Saar-Regierung wahrnehmen. Die Ratifikation des Schuman-Planes im Saar-Landtag sei ein solcher Auftrag an den französischen Außenminister. Diese offizielle Meinung der Saar-Autonomisten steht völlig im Widerspruch zur Präambel der Saar-Verfassung und zu den Konventionen, die mit Frankreich abgeschlossen wurden und in denen dieselben Politiker nicht nur das außenpolitische Vertretungsrecht, sondern weitere entscheidende Rechte an Frankreich abgetreten haben.

Es erhebt sich deshalb die Frage für alle vertragschliessenden Länder der Montan-Union, ob eine Ratifizierung des Vertrages durch den Saar-Landtag keine Verletzung der zwischen Frankreich und Deutschland bei der Paraphierung getroffenen Abmachungen bezüglich der Saar darstellt. Die Bundesregierung müßte diese Frage mit besonderer Sorgfalt prüfen, wenn sie nicht eines Tages von französischer Seite hören will, daß sie durch die stillschweigende Hinnahme der Ratifizierung des Schuman-Planes durch den Saar-Landtag die Autonomie dieses Gebietes erneut anerkannt habe. Diesbezügliche französische Hinweise nach dem Eintritt Deutschlands in den Europarat in Straßburg, in dem auch die Saar assoziiertes Mitglied ist, sollten zur Vorsicht mahnen.

Aufgrund des Protektoratsverhältnisses, in dem sich das Saargebiet gegenüber Frankreich befindet, dürfte es deshalb keine Ratifizierung des Schuman-Planes an der Saar geben. Auf alle damit zusammenhängenden Bestrebungen von französisch-saarländischer Seite sollte der Bundestag eine eindeutige Antwort erteilen.

Fallende Größen in Polen

O.H. Die Verhaftung des ehemaligen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Polens und stellvertretenden Ministerpräsidenten Wladyslaw Gomulka und des früheren stellvertretenden Verteidigungsministers Marian Spychalski Anfang November, sowie die kurze Zeit danach erfolgte Festnahme des früheren Oberbefehlshabers und Marschalls Michal Rola-Zymierski und des ersten Ministerpräsidenten des kommunistischen Polens Osobka-Morawski läßt schon allein im Hinblick auf die hohe Stellung der Verhafteten in der Staatsverwaltung die begonnene tiefgreifende (oder besser gesagt hochgreifende) Säuberung im kommunistischen Polen erkennen.

Völlig unbeachtet geblieben ist, daß sich zwischen diesen zwei Doppelverhaftungen ein klarer Zusammenhang ergibt und daß in der Folge mit dem Sturz weiterer Größen in Warschau gerechnet werden kann. Der Fall Gomulka liegt hierbei auf einer völlig anderen Ebene und ist - da mehr bekannt - bereits ausführlich behandelt worden. Bei den drei anderen Verhafteten ergibt sich aber, bei genauer Prüfung der Dinge, eine Verstrickung der ihnen zur Last gelegten "Vergehen".

So gehörten "General" Spychalski, der übrigens von Beruf Architekt ist und nach 1945 erster Stadtpräsident von Warschau wurde, und Osobka-Morawski in der Zeit des Krieges zur gleichen Gruppe der Untergrundbewegung in Warschauer Stadtviertel Zoliborz, wo Osobka-Morawski in den Häusern der dortigen Wohnbaugenossenschaft die Meldebücher führte. Zweifellos hat man diese alte Verbindung des schon seit längerer Zeit kaltgestellten Osobka-Morawski mit Spychalski jetzt zum Anlaß für seine endgültige Liquidierung genommen. Das trifft ebenso auf Rola-Zymierski zu, der sich in den ersten Kriegsjahren gleichfalls in Warschau aufhielt, in dieser Zeit sogar Kontakt mit den deutschen militärischen Stellen hatte und sich erst, als die Niederlage Deutschlands unzweifelhaft war, auf die Seite Moskaus stellte. Seit der Ersetzung Rola-Zymierskis durch den Sowjetmarschall Rokossowski war er den Warschauer Machthabern recht unbequem geworden. Nachdem gegen den

stellvertretenden Verteidigungsminister Spychalski Anklage wegen "Förderung reaktionärer Elemente im Heere" erhoben worden war, war es nicht mehr schwer, auch seinen damaligen Chef Rola-Zymierski dafür verantwortlich zu machen. Wie weit dem zur Zeit Pilsudskis schon einmal gestrauchelten Marschall seine Tätigkeit während des Krieges jetzt angekreidet werden wird, bleibt abzuwarten.

Zu der ehemaligen Widerstandsgruppe von Zoliborz gehörte auch der inzwischen gleichfalls kaltgestellte, aber noch immer als Mitglied des Staatsrates und Vizesejmarschall ausgehaltene kommunistische Vertrauensmann im Vorkriegspolen, Stanislaw Szwalbe, der in der Zeit, als der gegenwärtige Staatspräsident Bierut in Rußland weilte, dessen Frau und Kinder betreut hat. Er genoß bis vor kurzem die besondere Gunst des jetzt zum höchsten Staatsamt gelangten Bierut. Nun aber fallen immer dunklere Schatten auf Szwalbe, der dem Regime übrigens auch durch verwandtschaftliche Beziehungen seiner Frau zum Westen verdächtig genug erscheinen dürfte.

Nach der seit Jahren bestätigten Praxis der kommunistischen Machthaber wäre nach den letzten Verhaftungen jetzt Stanislaw Szwalbe an der Reihe. Wird man sich aber an ihn heranwagen? Geschähe das, würde sich eine schwere Belastung für Bierut ergeben, dessen besondere Fürsorge nicht nur Szwalbe, sondern auch Gomulka genoß.

+ + +

#### Generäle machen Marokkopolitik

(sp) In Larrache, dem Atlantikhafen Spanisch-Marokkos, trafen sich kurz vor Weihnachten der Generalgouverneur Französisch-Marokkos, der französische General Guillaume und der "Hochkommissar" Spanisch-Marokkos, der spanische Generalleutnant Valino, zu einer Konferenz hinter verschlossenen Türen. Die Presse Franco-Spaniens stellt als Ergebnis der Konferenz, ohne Einzelheiten, fest, daß "völlige Einigkeit über die Gemeinsamkeit der französischen und spanischen Interessen in der Durchführung ihrer Protektorenrolle in Marokko" erzielt wurde. Deutlicher wird das französische Rechtsblatt "L'Aurore". Es schreibt, daß die beiden Generäle feststellten, daß die Marokkofrage eine Angelegenheit sei, die nur Spanien und Frankreich etwas angehe, aber nicht die UNO.

Da es nicht das erste Mal ist, daß die Generäle in der Marokkofrage den Politikern das Heft aus der Hand genommen haben - es geschah dasselbe im Aufstand der Rifkabylen, in dem Franco sich, ohne die damalige Regierung in Madrid zu fragen, über gemeinsame Aktionen mit dem damaligen französischen Gouverneur General Liautey einigte - dürfte es für die UNO und für die nichtfranquistische Welt interessant sein zu erfahren, was eigentlich auf diesem geheimnisvollen Treffen in Larrache beschlossen wurde. Vielleicht hat man die Absicht, die deutschen Legationäre, sei es der französischen, sei es der spanischen Legion, wieder, wie schon einmal, ohne Rücksicht auf Blutverluste gegen alle "rebellischen Versuche" einzusetzen?

+ + +

### Die "Entpolitisierung" der Beamtenschaft

Der Bundestag wird sich in Kürze mit dem vom Bundesrat mit unwesentlichen Änderungen gebilligten Bundesbeamten-Gesetz befassen, das einige noch umstrittene Neuerungen in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik bringen soll. Das Gesetz gewährleistet das "Berufsbeamtentum", die Lebenslänglichkeit der Anstellung und die Pensionsberechtigung und überläßt die Regelung der Rechtsverhältnisse für Angestellte und Bundesarbeiter besonderen Tarifvereinbarungen.

Als Neuheiten der beamtenrechtlichen Stellung in der Bundesrepublik sind zu nennen: Die formale Beseitigung des "Juristenmonopols", die Gleichstellung der Frau, die Einführung der "Beamten auf Widerruf" und der Ersatz der bisherigen Härten des "Wartestandes" durch die Bestimmungen des "Einstweiligen Ruhestandes".

Die Laufbahn-Vorschriften enthalten wie bisher die Einteilung in den einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst. Als Vorbedingung für den Eintritt in den einfachen und mittleren Dienst wird der Abschluß einer achtstufigen Volksschule genannt. Alle Bewerber bleiben demnach ausgeschlossen, die eine Schule mit weniger als acht Stufen durchgemacht haben. Die Zulassung zum höheren Dienst durchbricht zwar formell das Juristenmonopol dadurch, daß sie neben dem abgeschlossenen Studium an einer Universität auch eine Technische Hochschule und neben der Staats- und Rechtswissenschaft auch die Wirtschafts- und Finanzwissenschaft anerkennt. Das Zugeständnis wird jedoch zum Teil aufgehoben, da die Nichtjuristen keine "Zweite Staatsprüfung" ablegen können.

Unter verschiedenen Gesichtspunkten wird von der Beamtenschaft der durch das Bundesgesetz eingeführte "Freie Bewerber" betrachtet, der durch Lebens- und Berufserfahrung in und außerhalb des öffentlichen Dienstes eine besondere Befähigung erworben hat. Die Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" ist der Auffassung, daß man Bewerbungsbedingungen der Freien Bewerber durch präzise Formulierungen im zuständigen Ausschuß des Bundestages einengen sollte.

Sehr umstritten ist die politische Tätigkeit der Beamten. Während sie im ersten Entwurf des Bundesinnenministeriums strikt verboten war, werden jetzt nur mehr eine "Mäßigung und Zurückhaltung" in der politischen Betätigung verlangt. Obwohl das Nähere erst noch durch ein Gesetz bestimmt werden soll, wird eine derart weitgehende "Entpolitisierung" der Beamtenschaft voraussichtlich vom Bundestag abgelehnt werden. Nach allgemeiner Auffassung sollen lediglich solche Kandidaten von Parlamenten nach erfolgter Wahl ihr Amt niederlegen, wenn sie durch ihre parlamentarische Stellung zu weitgehenden Eingriffen in ihre eigene ehemalige Behörde veranlaßt würden.

Während das Streikverbot die Beamtenschaft des gehobenen und höheren Dienstes weniger berühren dürfte, betrachtet die Mehrheit des einfachen und mittleren Dienstes in dieser Bestimmung einen schweren Eingriff in ihre Koalitionsfreiheit. Auch der vom Gesetz vorgeschriebene Bundes-Personalausschuß ist noch reichlich umstritten. Man weist darauf hin, daß dieser nach dem Gesetz lediglich "mitzuzwirken", aber in keinem Fall zu "entscheiden" vermag. In einer Anzahl von Ländern, wie in Württemberg-Baden, bestehen bereits derartige Landes-Personalstellen, die in allen wichtigen Personalfragen der Staats- und Kommunalverwaltung das letzte Wort zu sprechen haben. Eine entsprechende Überprüfung des geplanten Bundes-Personalausschusses durch den Bundestag dürfte im Interesse der Beamtenschaft und der Behörden sein.

Dr. Sch.

+ + +

#### Die Opfer sind deutsche Kinder

(sp) Über ein unglaubliches Verhalten des Bundesfinanzministers Dr. Schäffer berichtet die "Frankfurter Zeitung".  
**Kurzlich:**

"60000 Garnituren Unterwäsche und mindestens 30000 Garnituren Bettwäsche können aus den Wollspenden für notleidende Kinder in Deutschland hergestellt werden, die das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) seit Anfang November nach Bremen gebracht hat. Das Bundesfinanzministerium stellt aber nicht die Mittel zur Verarbeitung der Spenden zur Verfügung. Die Stoffe bleiben liegen.

Drei Hilfsprogramme der UNICEF für die Bundesrepublik waren bereits reibungslos abgewickelt worden. Die Waren, mit denen große Not gelindert werden konnte, wurden auf Kosten der Bundesregierung

verarbeitet, transportiert und verteilt. Das sehen die Satzungen der UNICEF vor. Alle unterstützten Länder halten sich daran. Die letzte vierte Sendung hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer schriftlich erbeten. Die UNICEF, auf freiwillige Spenden aus den angeschlossenen Staaten, Ländern und kolonialen Territorien angewiesen, verfügt aber in diesem Jahr nur über geringe Mittel, da die Hilfsbedürftigkeit der Welt erschreckend angewachsen ist. Auf das Schreiben des Kanzlers hin wurde Deutschland neben Korea, Jugoslawien und Griechenland in ein Sonderprogramm einbezogen, zu dessen Verwirklichung die Notreserven der Hilfsorganisation angegriffen wurden.

So kamen für 210000 DM Medikamente, darunter 18 Millionen Vitaminkapseln, nach Bremen. Und Wolle im Wert von rund 840000 DM. Derartige Rohmaterialspenden waren bisher meistens Flüchtlingsbetrieben und Unternehmungen in Notstandsgebieten zur Verarbeitung übergeben worden. Um mit dem jetzt eingetroffenen Schatz an Wolle die arge Not unter armen Kindern zu lindern, muß der Bundesfinanzminister rund 2,5 Mill. DM zur Verfügung stellen. Er lehnte ab und erklärte, das hätten die Länder jetzt zu besorgen. Als er vor einigen Tagen in Paris offiziell auf diesen Tatbestand angesprochen wurde, soll Schäffer bedauernd erklärt haben, er sei über die UNICEF und ihre Hilfsarbeit in Deutschland nicht unterrichtet. Es steht aber fest, daß der Bundeskanzler der UNO-Organisation ausdrücklich die zentrale Durchführung und Finanzierung der Hilfsaktion garantiert hat.

Inzwischen hat auch der Senator für Arbeit und Wohlfahrt in Bremen scharf in Bonn dagegen protestiert, daß eine so bedeutsame internationale Spende für deutsche Kinder ungenutzt schon viele Wochen in Bremen liegt. Die Rohstoffe seien kostenlos nach Deutschland geliefert worden, obwohl in Korea und zahllosen anderen Ländern grenzenloses Elend herrscht."

Es ist nicht das erste Mal, daß Auslandsspenden aus verwaltungs- und finanztechnischen Gründen nicht zur Auslieferung kommen. Wir erlebten schon einen ähnlichen Fall in der Zeit des seligen Frankfurter Wirtschaftsrates, in der STEG-Waren, die als Spenden gegeben waren, als "Polster" für die Währungsreform gehortet wurden. Das jetzige empörende Verhalten des Finanzministeriums setzt allem die Krone auf. Die Betroffenen sind hilfsbedürftige, deutsche Kinder. Die Gebefreudigkeit des Auslandes wird durch solche Vorfälle bestimmt nicht gesteigert werden.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau